

9. Aktionsplan gegen Antisemitismus und Rassismus an Schulen

Antrag des Regierungsrates vom 26. Februar 2025 und Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 6. Mai 2025

KR-Nr. 69a/2024

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Präsidentin der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Der von allen Fraktionen unterstützte Vorstoss der FDP verlangte, aufzuzeigen, wie in Übereinstimmung mit dem Lehrplan 21 dem wachsenden Antisemitismus und Rassismus durch Aufklärung auf der Sekundarstufe I begegnet werden kann.

Die Regierung geht in ihrem Bericht zuerst auf das verfassungsmässige Diskriminierungsverbot und den gesetzlichen Rahmen für ein konfessionell und politisch neutrales Bildungswesen ein. Daraus ergibt sich die Verpflichtung, eine Schulkultur und Lernumgebung zu schaffen, in der Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften gemeinsam lernen und respektvoll miteinander umgehen können. Die Themen Antisemitismus und Rassismus sind in den verschiedenen Lehrplänen gut verankert. Auch die diversen Mittel der Aufklärungs- und Präventionsarbeit auf den verschiedenen Schulstufen und Angebote der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH) werden im Regierungsratsbericht aufgeführt. Den Schulen steht des Weiteren ein kantonaler Beauftragter für Gewaltprävention beratend zur Seite.

Der aktuelle Handlungsbedarf wird von der Regierung vor allem darin gesehen, das Bestehende für die Schulen besser fassbar zu machen. Mit dem Regierungsratsbeschluss (RRB) 284/2025 anerkannte der Regierungsrat den Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) für sein stark von den Schulen nachgefragtes Angebot «Likrat» als beitragsberechtigigt an.

Für die KBIK kann damit das dringliche Postulat betreffend «Aktionsplan gegen Antisemitismus und Rassismus an Schulen» als erledigt abgeschrieben werden. Besten Dank.

Tobias Infortuna (SVP, Egg): Der Regierungsrat macht in seiner Antwort auf das Postulat klar, dass das Problem erkannt ist und dass zahlreiche Materialien zur Verfügung stehen. Der Regierungsrat kann glaubhaft versichern, dass bei diesem Thema bereits viel unternommen wird. Im Regierungsratsbeschluss vom April 2025 zeigt er sich zudem bereit, das vielversprechende und im Postulat empfohlene Projekt «Likrat» zu fördern. Damit ist der im Postulat geäusserte Wunsch erfüllt. Wir danken dem Regierungsrat für die getroffenen Massnahmen und schreiben das Postulat ab.

Mandy Abou Shoak (SP, Zürich): Zuerst möchte ich mich bei der Postulantin Sonja Rueff-Frenkel bedanken. Dieses Postulat wurde von allen Fraktionen mitunterzeichnet. Dass wir es gemeinsam und dringlich überweisen konnten, ist nicht nur ein politisches Zeichen, es ist ein echtes Bekenntnis. Ich wünsche mir mehr

davon, mehr Mut zur gemeinsamen Verantwortung über Parteigrenzen hinweg, mehr Entscheidungen mit realpolitischen Konsequenzen.

Die Antwort der Regierung zeigt auf: Ja, es gibt bereits viele Ansätze. Das sind alles wichtige Puzzlestücke und sie zeigen, dass der politische Wille vorhanden ist. Aber klar ist auch: Einzelne Projekte ergeben noch keinen umfassenden Aktionsplan. Es braucht eine kohärente, es braucht eine langfristige und es braucht eine verbindliche Strategie, die aufzeigt, was es ganz konkret braucht für die Prävention, welches die Säulen zur Verhinderung von Gewalttaten sind, was es ganz konkret braucht, um einen solchen Aktionsplan umzusetzen. Und dann, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der bürgerlichen Seite, dann geht es auch um Geld.

Wir dürfen nicht bei Papieren, bei Einzelaspekten stehen bleiben, es reicht nicht, gegen Rassismus und Antisemitismus zu sein, ein wirksamer Aktionsplan muss in Aktion treten, er muss die Vielschichtigkeit und die Verflechtungen verschiedener Rassismusformen ernst nehmen. Und wir sprechen dabei über alle Formen von Rassismus: Antisemitismus, Gadjé-Rassismus, Rassismus gegenüber Menschen aus dem Balkan, antimuslimischen Rassismus und Anti-Schwarzen-Rassismus. Die Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus bedeutet in der Konsequenz die aktive Förderung des Zusammenhalts. Das sind keine Spezialthemen für Minderheiten, sondern ein demokratisches Versprechen. Wer Vielfalt schützt, stärkt das Vertrauen in unsere Institutionen. Wer Diskriminierung benennt und bekämpft, macht unsere Gesellschaft gerechter für alle. Wir schreiben dieses Postulat ab in der Absicht, den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen, für Schulen, die Zugehörigkeit ermöglichen, für Kinder, die in einer Gesellschaft gross werden, in der sie respektiert werden, so wie sie sind, und für eine Demokratie, die sich nicht mit symbolischer Politik zufriedengibt, sondern wirksam schützt. Vielen Dank.

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich): Ich zitiere zuerst aus dem Bericht des Israelitischen Gemeindebunds von den antisemitischen Vorfällen: «An einer Primarschule kommt es immer wieder zu Vorfällen. Ein Erstklässler schreit <Tötet alle Juden!> und Drittklässler malen Hakenkreuze.» Auch mein Sohn wurde im Chemieunterricht aufgefordert, er solle sich näher an den Gashahn setzen.

Am 11. März 2024 haben wir das dringliche Postulat eingereicht mit der Forderung nach dem Bericht, wie in Schulen Aufklärungsarbeit betrieben werden kann. Den Schwerpunkt sahen und sehen wir immer noch im Dialog, sei es mit Zeitzeugen aus dem Holocaust oder mit jüdischen Jugendlichen. Seit dem 7. Oktober 2023 (*Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel*) ist der Antisemitismus auf einem unvergleichbaren Höchststand. Insbesondere in der Schule häufen sich antisemitische Vorfälle, und die wenigsten werden gemeldet, aus Angst vor weiteren Repressionen oder aus Resignation. Allein in meinem Umfeld hat jedes Kind schon einmal einen antisemitischen Vorfall erlebt. Unbestritten, es besteht Handlungsbedarf, deshalb das Postulat. Danke allen Mitunterzeichnenden.

Interessant wäre gewesen, im Bericht noch zu sehen, wie geprüft wird und welche Massnahmen wirklich in der Zukunft angedacht sind. Auch die PHZH ist gefordert und hat bereits gehandelt. Aber wie erwähnt, die meisten Massnahmen stehen bereits seit längerer Zeit zur Verfügung und das Problem des Antisemitismus an den Schulen hat sich nicht verbessert, sondern verschlechtert. Massnahmen wie das «Likrat»-Programm sind sehr hilfreich und ich bin froh, dass die Bildungsdirektion das nun näher prüft.

Das dringliche Postulat können wir heute abschreiben, auch wenn ich persönlich angesichts der Unterzeichnung durch alle Parteien und der Dringlichkeit des Anliegens schon etwas Konkreteres erwartet hätte. Mein Enthusiasmus mit dem Postulatsbericht hält sich angesichts der Situation in Grenzen. Der RRB lässt hoffen, dass in der Zukunft etwas passiert. Das Postulat schreiben wir ab, aber am Thema bleibe ich dran.

Chantal Galladé (GLP, Winterthur): Der Antisemitismus in der Schweiz hat stark zugenommen. 2024 gab es 221 antisemitische Vorfälle, die registriert wurden, und das war eine Zunahme von über 42 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Schule nimmt da einen wichtigen Teil der Prävention und der Thematisierung ein. Während vorherige Generationen noch mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aufgewachsen oder in Kontakt gekommen sind, nimmt dies zunehmend ab, weil die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen nicht mehr leben oder nicht mehr lange leben. Es ist deshalb umso wichtiger, dass wir auf die Schulen fokussieren, wo es auch besonders viele Vorfälle gibt.

Der Regierungsrat hat in seinem Bericht sehr umfassend aufgezeigt, was auf welchen Schulstufen passiert. Das war auch eine gute Arbeit. Ich kann Ihnen aber sagen: Auf der Ebene der Berufsfachschulen wurde der ABU-Unterricht (*Allgemeinbildender Unterricht*) genannt. Ich selber habe an einigen Schulen im Kanton Zürich ABU unterrichtet und bilde auch die Lehrpersonen für den ABU-Unterricht aus. Und mir ist kein Schullehrplan bekannt, in dem der Antisemitismus genannt wird – keiner. Man behandelt das als Lehrperson – diejenigen, die wollen – unter dem Thema «Migration», und manchmal ist noch der Rassismus genannt, je nach Schullehrplan. Aber beim Antisemitismus, da ist mir keine Schule bekannt, die ihn explizit in den Berufsfachschulen drin hat. Hier bitte ich zum Beispiel die Regierung, auch noch genauer hinzuschauen. Ich weiss, der Schullehrplan ist in der Kompetenz der Schulen, aber die Überprüfung liegt beim Kanton. Man kann hier vielleicht auch noch mehr bewusst machen. Dass das Projekt «Likrat» jetzt genauer geprüft wird oder als grundsätzlich beitragsberechtigt erwähnt wird, ist positiv. Aber das ganze Thema muss sicher noch stärker verfolgt werden, die Umsetzung, die muss wirklich geschehen. Unter dieser Prämisse sind wir ebenfalls für die Abschreibung.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Der Postulatsbericht zeigt deutlich, dass eine Vielzahl von Lernzielen und Gefässen vorhanden ist, wenn es darum geht, die

Schülerinnen in unserem Kanton gegenüber Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung zu sensibilisieren. Es ist also vor allem eine Frage der Umsetzung im schulischen Alltag. Zu dem im Postulat hervorgehobenen Programm «Likrat» ist zu sagen, dass es auf jeden Fall erstrebenswert ist, wenn Jugendliche unterschiedlicher religiöser Zugehörigkeit Gelegenheit bekommen, in den Alltag und das Leben anderer Einblick zu erhalten. Angesichts aber der Gräuelt und der gegenwärtigen Entmenslichung der Palästinenserinnen und Palästinenser im Gaza-Krieg müssen allerdings gerade jüdische Jugendliche von «Likrat» damit rechnen, dass sie vor den Klassen zum Kriegsgeschehen und zur Rolle der israelischen Armee oder auch der Terrororganisation Hamas befragt werden, zu Terrorangriffen also oder einem Zerstörungskrieg, für das sie beides in keiner Weise zuständig sind und für das die Jugendlichen keine Verantwortung tragen. Es braucht also auch eine gute Schulung der begleitenden Lehrpersonen, die von dem im Grunde sehr guten Angebot «Likrat» Gebrauch machen.

SIG-Präsident Ralph Friedländer sagte vor kurzem in Zürich, dass jede Diskriminierung eines Moslems auch eine Diskriminierung für alle Juden sei, weil, solange es Diskriminierung und Rassismus gebe, alle Minderheiten davon betroffen sein können. Deshalb ist es genauso wichtig, dass an unseren Schulen Einblick in den Alltag der muslimischen Gemeinschaften gegeben wird, denn der Rassismus gegen Muslime – das ist meine persönliche Einschätzung – ist in unserer Gesellschaft gegenwärtig der am meisten tolerierte. Hier haben wir genauso einen Nachholbedarf. Antisemitismus und Islamfeindlichkeit sind beide genau gleich zu bekämpfen.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Die Mitte wird das Postulat abschreiben. Der Regierungsrat konnte ausführlich aufzeigen, dass der geforderte Aktionsplan bereits umfassend angegangen wird, sowohl in der Volksschule wie auch auf der Sekundarstufe II. Präventionsmassnahmen, Bildungsinhalte und unterstützende Strukturen sind etabliert. Wir danken den Schulen und der Bildungsdirektion, dass sie dem Thema gebührend Gewicht geben. Die Schulen, inklusive der Universitäten, haben in dieser Hinsicht eine wichtige Aufgabe.

Aber Toleranz braucht ein Netzwerk und in diesem Netzwerk gibt es weitere Player, wie zum Beispiel Medien, Religionsgemeinschaften, Unternehmen, Politik, Kultur- und Sportinstitutionen. Wir alle sind aufgefordert, uns für eine tolerante Gesellschaft einzusetzen, welche jegliche Form von Rassismus und Antisemitismus unterbindet. Gerade heute hat dies an Wichtigkeit zugenommen, denn in Zeiten von Unsicherheit und zunehmender Polarisierung steigen auch die Vorurteile. Nur wenn wir alle Verantwortung übernehmen, kann eine wirklich inklusive und friedliche Gesellschaft entstehen.

Tobias Mani (EVP, Wädenswil): Die Stärkung des gesellschaftlichen Miteinanders ist für uns als EVP ein Kernanliegen. So ist die Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus zentral. Alle Beteiligten in der Gesellschaft müssen sich engagieren, damit Antisemitismus und Rassismus keinen Platz haben, und die

Schulen sind da ganz besonders gefordert. Jüdische Frauen, Männer und Kinder sind seit Jahrhunderten Teil unseres Kantons und bleiben es. Wir setzen auf Präventionsprogramme an Schulen, aber auch auf interreligiöse Dialogforen und schnelle Meldestellen gegen Hassdelikte. Wir stehen ein für eine Schweiz, in der niemand aus Angst zu Hause bleiben muss, für eine Schweiz, für einen Kanton Zürich, wo sich alle sicher und wohl fühlen können. Danke, Sonja Rueff-Frenkel, für dieses wichtige, dringliche Postulat. Vielen Dank auch an die Bildungsdirektion für die ausführliche und umfassende Antwort, wie auf allen Schulstufen präventiv gearbeitet werden kann. Danke auch dem Regierungsrat für die Anerkennung des SIG als beitragsberechtigt für das Angebot «Likrat» mittels RRB 284/2025. Miteinander statt übereinander zu reden, Wissen und Verständnis zu fördern, das ist elementar. Antisemitismus und Rassismus müssen auf allen Ebenen bekämpft werden, je früher, desto besser. Wir schreiben ab.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Wir danken der Bildungsdirektorin für den ausführlichen Bericht. Es wird bereits sehr viel unternommen, das zeigt dieser Bericht eindrucklich. Die Bildungsdirektorin hat aber keinen Aktionsplan vorgelegt, was wir uns eigentlich erhofft hätten, und wir sind darum froh, dass wir aus dem Bericht erfahren, dass die Koordinationsstelle Teilhabe der Direktion der Justiz und des Innern zurzeit einen Aktionsplan zur Umsetzung von Massnahmen gegen Diskriminierung ausarbeitet.

Mit diesen Worten schreiben wir das Postulat ab.

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Besten Dank für alle Voten. Ich möchte noch etwas auf das Votum von Thomas Forrer erwidern und zuerst noch einmal einen Vorfall aus der Liste des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes zitieren: «Ein jüdischer Schüler erlebt immer wieder Antisemitismus von seinen Mitschülern. Sie sagen «Heil Hitler» zu ihm. Auf alles, was er sagt, antworten sie mit «Free Palestine», sie spielen ihm das «Erika-Lied» vor.» Genau hier sieht man eben die Vermischung von Antisemitismus und dem Nahost-Konflikt. Und die jüdischen Jugendlichen, die im Rahmen des «Likrat»-Programms in die Klassen gehen, werden regelmässig entweder mit «Free Palestine!» oder mit «Heil Hitler!» begrüsst. Aber die jüdischen Jugendlichen sind darauf vorbereitet und werden immer wieder geschult, so gut, wie man Jugendliche ausbilden und schulen kann. Aber sie sind sich der Thematik voll bewusst und können eben deshalb den Schülern auch immer wieder erklären, dass Antisemitismus in der Schweiz gegenüber jüdischen Kindern, Schweizerisch-jüdischen Kindern, nichts mit dem Nahostkonflikt zu tun haben darf, und genau darum geht es eben, um diese Trennung des Nahostkonflikts und des Antisemitismus. Das sind zwei total verschiedene Sachen, die immer wieder vermischt werden, und man kommt nicht mehr nach, das immer wieder zu betonen. Und deshalb danke ich dir, dass du darauf hingewiesen hast, aber ich kann dir versichern: Man ist sich dieser Thematik bewusst, und resignieren geht deshalb auch nicht.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) spricht zum zweiten Mal: Geschätzte Sonja, ich bin jetzt doch – wie sage ich – zufrieden, dass du das genauso siehst. Ich sehe genau die Gefahr dieser Vermischung und ich sehe genau die Gefahr, dass Jugendliche von «Likrat» eben über nichts anderes mehr reden können als über den Nahostkonflikt, wenn sie in die Klassen gehen. Und ich habe betont, dass es darum sehr wichtig ist, dass die Lehrpersonen in diesem Zusammenhang eben geschult werden und dass es dann nicht heisst, «okay, gute Gelegenheit, reden wir jetzt einfach mal darüber, was die Hamas getan hat und was die israelische Armee gegenwärtig unternimmt». Ich denke, dann würde es in die falsche Richtung laufen. Es ist erschreckend, dass Jugendliche mit «Heil Hitler!» begrüsst werden, und ich kenne auch ganz viele andere Beispiele von jüdischen Jugendlichen, die mit Versatzstücken aus dem Zweiten Weltkrieg und so weiter verbal diskriminiert werden; dagegen ist etwas zu unternehmen, das ist ganz wichtig. Gleichermassen dürfen uns diese Beispiele nicht darüber hinwegtäuschen, dass muslimische Kinder, die hier aufgewachsen sind, von ähnlichen, wenn auch vielleicht nicht historisch gemünzten Diskriminierungsformen tangiert sind. Und da möchte ich einfach nochmals daran erinnern, was Ralph Friedländer gesagt und mir damit tief aus dem Herzen gesprochen hat: Jede Diskriminierung, die stattfindet, betrifft uns alle, die Teil einer Minderheit sind.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus haben an Zürcher Bildungsinstitutionen aller Stufen keinen Platz. Wir sind gesetzlich verpflichtet, dafür zu sorgen, dass an unseren Schulen alle Kinder und Jugendlichen eine sichere und wertschätzende Umgebung finden. Kommt es zu diskriminierenden Vorfällen, haben die Schulen umgehend einzugreifen, sie können dabei die Schulsozialarbeit oder die kantonale Stelle für Gewaltprävention im schulischen Umfeld beiziehen. Bestehen Hinweise auf ein Sicherheitsrisiko, ist in jedem Fall die Polizei zu informieren.

Neben konsequentem Handeln bei Vorfällen gehört die Prävention gegen Rassismus und Antisemitismus zu den fortwährenden Aufgaben der Schulen. Sowohl der Lehrplan 21 der Volksschulen als auch die Lehrpläne an Mittelschulen und Berufsfachschulen bilden eine gute Grundlage für die präventive Arbeit. Dabei können die Lehrpersonen auf ein vielfältiges Angebot an Lehrmitteln und Lehrmaterialien zurückgreifen. So prägt beispielsweise die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren seit Jahren ein ständig aktualisiertes Dossier zum Tag des Gedenkens an den Holocaust. Die Pädagogische Hochschule Zürich hat angesichts des eskalierenden Nahostkonflikts ein spezielles Angebot zur Unterstützung von Schulen aufgebaut. Lehrpersonen und Schulleitungen werden dabei auch von der PH beraten, wie Fragen rund um Antisemitismus und Islamophobie im Unterricht behandelt werden können. Daneben erarbeitet die Fachstelle Teilhabe in der Umsetzung des entsprechenden Legislaturziels einen Aktionsplan zur Umsetzung von Massnahmen gegen Diskriminierung, wozu eben auch Massnahmen gegen Rassismus und Antisemitismus gehören.

Eine wichtige und erfolgreiche Präventionsarbeit gegen Antisemitismus leistet das Projekt «Likrat» – es heute bereits erwähnt worden – mit seinen Schulbesuchen. Und gerade weil der Antisemitismus zugenommen hat, steigt auch die Nachfrage nach solchen Schulbegegnungen. Der Regierungsrat hat deshalb im Frühling 2025 beschlossen, den Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund als Träger von «Likrat» als staatsbeitragsberechtigzt anzuerkennen. Die Staatsbeiträge an «Likrat» wurden erhöht und die Bildungsdirektion bleibt im Austausch mit jüdischen Organisationen, um die notwendige Präventionsarbeit kontinuierlich fortzuführen. Gerade in Zeiten wie diesen ist ein respektvolles Miteinander wichtig. Auch wenn die Schulen in dieser Hinsicht sehr viel leisten, ist das eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die uns alle fordert und braucht. Der Regierungsrat beantragt Ihnen, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Ratspräsident Beat Habegger: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das dringliche Postulat KR-Nr. 69/2025 ist abgeschlossen.

Das Geschäft ist erledigt.